

Laibacher Zeitung.

Nr. 65.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 22. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl. u. f. w. Insertionskempel jedesm. 50 kr.

1869.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 9. März 1869

betreffend die Einführung von Schwurgerichten für die durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen.

Um die Bestimmungen des Artikels 11 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt vom 21. December 1867, Nr. 144 R. G. Bl., in Ansehung der durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen noch vor der Wirksamkeit einer neuen Strafproceßordnung in Ausführung zu bringen, finde ich mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Ueber alle durch den Inhalt einer Druckschrift begangenen Verbrechen und Vergehen haben mit dem Zeitpunkte, in welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, Geschwornengerichte zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Zuständigkeit und das Verfahren in diesen Straffällen richtet sich, insoweit durch das gegenwärtige Gesetz keine besondere Bestimmung getroffen wird, nach dem Gesetze vom 17. December 1862, Nr. 7 des R. G. Bl. vom Jahre 1863.

§ 2. Treffen Verbrechen oder Vergehen, die durch den Inhalt einer Druckschrift begangen wurden, mit anderen strafbaren Handlungen zusammen, so muß hinsichtlich der letzteren ein abgesondertes Verfahren und Erkenntniß stattfinden.

§ 3. Die gerichtliche Verfolgung findet nur über eine Klage des Staatsanwaltes oder Privatanklägers statt.

Die Klage ist bei dem zuständigen Preßgerichte unter Beilegung der betreffenden Druckschrift zu überreichen und muß die genaue Bezeichnung der Stellen, worin die strafbare Handlung liegen soll, enthalten.

Eine ohne Beobachtung dieser Vorschrift eingebrachte Klage ist unter Angabe des Grundes zurückzuweisen.

§ 4. Ist die Klage formgerecht, so hat das Preßgericht binnen drei Tagen nach Ueberreichung derselben zu entscheiden, ob Grund zur gerichtlichen Verfolgung der angezeigten strafbaren Handlung vorhanden sei. Im bejahenden Falle ist in der Regel (§§ 5 und 6) die Voruntersuchung einzuleiten.

Gegen den Beschluß des Preßgerichtes, daß kein Grund zur gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei, so wie gegen die Zurückweisung einer Klage (§ 3) ist die Beschwerde an das Oberlandesgericht zulässig. Der Beschluß, wodurch eine Voruntersuchung eingeleitet wird, kann durch keine abgesonderte Beschwerde angefochten werden.

§ 5. Der Kläger kann, wenn er eine Voruntersuchung nicht für notwendig erachtet, die erforderlichen Beweise seiner Klage beilegen und das Begehren stellen, daß von der Voruntersuchung Umgang genommen werde.

In diesem Falle muß die Klage auch die Erfordernisse einer Anklageschrift (§ 11) enthalten.

§ 6. Der Gerichtshof hat zuvörderst seine Zuständigkeit in Erwägung zu ziehen, und wenn er diese für begründet, eine Voruntersuchung aber nicht notwendig findet, die Klage auch bereits die Erfordernisse einer Anklageschrift enthält, die Hauptverhandlung nach § 12 anzuordnen und hiezu jeden Angeklagten unter Zustellung eines Exemplares der Anklageschrift bei sonstiger Nichtigkeit vorzuladen.

Enthält die Klage die Erfordernisse einer Anklageschrift nicht, so ist sie zur Verbesserung unter Feststellung einer bestimmten Frist zurückzustellen.

Die erfolgte Ladung kann von dem Angeklagten durch ein abgesondertes Rechtsmittel nicht angefochten werden.

§ 7. Die Voruntersuchung ist durch einen zum Richteramt befähigten Beamten des Gerichtes vorzunehmen, welcher jedoch bei sonstiger Nichtigkeit von jeder Mitwirkung bei den Verhandlungen des erkennenden Preßgerichtes ausgeschlossen ist.

Die Voruntersuchung hat nur den Zweck, die gegen eine bestimmte Person erhobene Beschuldigung einer strafbaren Handlung einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen, den Thatbestand zu erheben und jene Momente festzustellen, welche geeignet sind, die Anordnung der Hauptverhandlung und die Beweisaufnahme in derselben vorzubereiten.

§ 8. Nach beendeter Voruntersuchung hat der Untersuchungsrichter, wenn der Staatsanwalt klagt, diesem die Untersuchungsacten zu übergeben.

Ist ein Privatankläger eingeschritten, so hat der

Untersuchungsrichter denselben von dem Abschlusse der Voruntersuchung mit dem Beifügen zu verständigen, daß ihm die Einsicht der Proceßacten freistehe.

§ 9. Innerhalb der Frist von drei Tagen vom Tage der Uebergabe der Acten und beziehungsweise vom Tage der im § 8 angeordneten Verständigung kann der Kläger bei dem Untersuchungsrichter eine Vervollständigung der Untersuchung beantragen.

Im Falle der Ablehnung steht ihm frei, binnen einer gleichen Frist die Entscheidung des Gerichtshofes zu verlangen. Gegen die diesfälligen Entscheidungen des Preßgerichtshofes findet eine abgesonderte Beschwerde nicht statt. (Fortsetzung folgt.)

Am 19. März 1869 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XVII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 32 das Gesetz vom 9. März d. J. betreffend die Einführung von Schwurgerichten für die durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen;

Nr. 33 das Gesetz vom 9. März d. J., womit die Vorschrift über die Bildung der Geschwornenlisten für die Preßgerichte erlassen und vom Tage der Kundmachung in Wirksamkeit gesetzt wird. (W. Ztg. Nr. 64 vom 19. März.)

Nichtamtlicher Theil.

Kaiserreise.

Laibach, 20. März.

Heute wurde uns das Glück zu Theil, Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser auf der Rückreise von Triest unsere loyalen Huldigungen darzubringen. Schon die Nachricht, daß der kaiserliche Zug, wenn auch nur drei Minuten in Laibach verweilen werde, hatte hingereicht, alle unsere Vereine zum Beschlusse zu bestimmen, sich am Bahnhofe zu versammeln und dem geliebten Herrscher ihre Ovationen darzubringen. Im Laufe des gestrigen Tages langte die Nachricht von einer kleinen Verlängerung des allerhöchsten Aufenthaltes ein und rief allenthalben die freudigste Bewegung hervor, da sie einen vollkommenern Ausdruck unserer Gefühle gestattete. Tagüber wehten bereits zur allseitigen Verkündung der freudigen Botschaft vom Rathhause Fahnen in den kaiserlichen Farben und bei Einbruch der Dunkelheit wurde der Stadtheil von der Triester Linie bis zum Bahnhofe freiwillig beleuchtet.

Auf dem Perron des Bahnhofes war eine Ehrencompagnie des k. k. Inf.-Reg. Graf Huhn Nr. 79 on Parade aufgestellt. Sammtliche Vereine mit ihren größtentheils prächtigen Bannern und Abzeichen, darunter die mehr als dreihundertjährige Rohrschützen-Gesellschaft, mit dem Oberschützenmeister Dr. v. Stöckl an der Spitze, der Männerchor der philharmonischen Gesellschaft, die Turner, mit Wachsackeln Spalier bildend, u. s. w. nahmen den Vordergrund ein. Vom constitutionellen Vereine hatten sich der Ausschuß und viele andere Mitglieder eingefunden. Von Seite der geistlichen und weltlichen Autoritäten waren erschienen: der Herr k. k. Landespräsident Conrad von Eybesfeld und der erste Regierungsrath der Landesregierung, Se. Durchlaucht Fürst Vothar Metternich, Se. fürstlich-bischöfliche Gnaden Herr Dr. Widmer mit dem Domcapitel, der Herr Landeshauptmann v. Wurzbach mit dem Landesauschusse, die Herren: Landesgerichtspräsident Dr. Luschin, Staatsanwalt Dr. v. Lehmann, Finanzdirector v. Poschauer, Finanzprocurator Dr. v. Kaltenegger, Verghauptmann Trinker, Handelskammerpräsident B. C. Suppan und Magistratsvorstand Guttman; von andern hervorragenden Persönlichkeiten die Fürsten Hugo Windischgrätz, k. k. Generalmajor, und Georg Prinz Schönburg-Waldenburg, Oberst à la suite der königlich sächsischen Armee, Graf Josef Auerberg, Herrenhausmitglied, und die k. k. Kämmerer Baron Apfalter und Graf Wurmbrand.

Um halb acht Uhr signalisirten die Kanonen der Rohrschützen das Herannahen des Hofzuges, und gleichzeitig erhellte bengalisches Feuer die Einfahrt des Bahnhofes. In der Bahnhofshalle angelangt, verließen Se. k. u. k. Majestät unter den Klängen der von der Militärmusikkapelle executirten Volkshymne und den begeisterten Jubelrufen der Versammelten, in Begleitung der Herren Minister Grafen Beust und Taaffe, den Waggon und wurden von dem Herrn Landespräsidenten ehrfurchtsvoll empfangen. Se. Majestät geruhten sodann folgende Ansprache des Herrn Magistratsvorstandes Guttman entgegenzunehmen:

„Euere k. k. Apostolische Majestät!

Ich fühle mich innigst beglückt, Euere k. k. Majestät im Namen der Stadtgemeinde Laibach bewillkommen zu können.

„Die aufrichtigste Versicherung unerschütterlicher Treue und Ergebenheit für Euere Majestät und das Allerhöchste Kaiserhaus ist der herzlichste Willkommengruß, den ich im Namen dieser Landeshauptstadt Euere k. k. Apostolischen Majestät mit der ehrerbietigsten Bitte darbringe:

„Geruhen Euere Majestät derselben noch ferner in kaiserlicher Huld und Gnade gewogen zu verbleiben.“

Hierauf geruhten Sr. Majestät folgendes zu erwidern:

„Ihre Versicherungen nehme ich mit besonderem Wohlgefallen entgegen. Ich bin davon vollkommen überzeugt.

„Laibachs Bürger haben sich durch Loyalität stets ausgezeichnet, und können meiner Gewogenheit auch versichert sein.“

Se. Majestät ließen sich sodann vom Herrn Landespräsidenten die Spitzen der Behörden und andere Autoritäten vorstellen, und richteten an jeden einzelnen freundliche Worte und Fragen um Gegenstände des betreffenden Ressorts.

Inzwischen stimmten die Männerchöre der philharmonischen Gesellschaft und des Sokol Vider an. Se. Majestät richteten sodann einige freundliche Worte an den Herrn Landespräsidenten und geruhten demselben die Gewährung des von ihm gestellten Antrages auf Begnadigung für die aus Anlaß der Antritte von Jeshza Verurtheilten mitzutheilen, wornach von 17 Verurtheilten 12 die ganze und 5 zwei Drittel der Strafzeit allergnädigst nachgesehen wurden, welche erfreuliche Kunde sich schnell verbreitete und mit Jubel aufgenommen wurde. Unter den begeisterten Hochrufen der versammelten Menschenmenge entführte uns um 8 Uhr der Dampfwagen nur zu schnell den Allerhöchsten Gast.

Pola, 18. März, 10 Uhr Abends. Se. Majestät der Kaiser besichtigte heute Morgens nach 8 Uhr die k. k. Escadre und die Schulschiffe und ließ Exercitien ausführen. Sodann verfügte sich Allerhöchstselbe auf die schwimmende Batterie „Feuerspeer“, von wo eine Peniche beschossen und durch Torpedos in die Luft gesprengt wurde.

Bei Scoglio St. Pietro stieg Se. Majestät aus Land und fuhr zu Wagen zur Besichtigung der Marine-Varaken und des Forts „Marie Louise“, dann zurück ins Arsenal, schiffte sich auf der Nacht „Greif“ ein und fuhr sodann sammt der Escadre unmittelbar nach Fasana ab.

Dort wurde vom Kanonenboot „Grille“ ein neuerartiger Torpedo auf eine Peniche lancirt.

Abends 6 Uhr findet ein militärisches Diner statt. Geladen sind die Stabs-officiere des Regiments Kronprinz Rudolph Nr. 19, die Commandanten und Reserveanten der Marine, jene der Bauten auf der Oliven-Insel und der Commandant des Forts Brioni. Der Kriegsdampfer „Alnoch“ bringt die Gäste nach Fasana und zurück. Gleich nach dem Diner, circa 8 Uhr Abends, findet die Abreise Sr. Majestät nach Triest statt.

Triest, 19. März.

Die „Tr. Ztg.“ schreibt: Unter Kanonendonner und Glockengeläute, unter Hochrufen der freudig erregten Bevölkerung schreiben wir diesen Bericht.

Der Kaiser ist angekommen.

Bereits gestern Abends boten die Straßen unserer Stadt ein bewegtes Bild. Aus den Umgebungen Triests, aus Görz und Istrien, aus Laibach, Graz und Wien hatten uns die letzten Tage Fremde zugeführt, welche das imposante Schauspiel der Ankunft Sr. Majestät betrachten wollten. Heute früh prangten sämtliche Häuser, deren Front dem Molo S. Carlo und der Piazza grande zugewendet ist, im reichen Schmuck. Das Publicum drängte sich bereits in früher Morgenstunde durch die Straßen, — sämtliche Schiffe flaggten. Um 1/2 8 Uhr versammelten sich vor dem äußerst geschmackvoll in den österreichischen Farben decorirten Kiosk, der am Molo S. Carlo errichtet war, die Chefs der kaiserl. und der städtischen Behörden. Der Leiter der Statthalterei FML. Moering, der Herr Reichskanzler Graf Beust, der Ministerpräsident-Stellvertreter Graf Taaffe und der Handelsminister v. Plener, der Podesta an der Spitze des Gemeinderathes, der Präsident der Handelskammer mit den Mitgliedern derselben, der Verwaltungsrath der Dampfschiffahrtsgesellschaft des österr. Lloyd und die

Vorstände der verschiedenen kaiserlichen Behörden harrten der Ankunft Sr. Majestät. Boote mit festlich gekleideten und festlich gestimmten Menschen gefüllt, bedeckten weit hinaus das spiegelglatte Meer, über welches die prachtvollste Sonne, wie wir sie seit Monaten nicht gesehen, ihre goldenen Strahlen ergoß. Die Truppen der Garnison waren längs des Kais vom Statthaltereigebäude an gegen das Sanitätsgebäude aufgestellt.

Es war bald nach 8 Uhr, als von der Leuchtturmbatterie der erste Schuß als Zeichen erscholl, daß die k. Nacht „Greif“ mit Sr. Majestät an Bord in die Rheide eingefahren. Als Antwort hierauf rollte der Kanonendonner vom Castell und von den Forts, und als derselbe verhallt war zeigte sich auch schon der kaiserliche Dampfer, gefolgt von den acht Lloyd dampfern, die mit der Escadre entgegengefahren waren und die Schiffe der Escadre selbst. Der Dampfer „Greif“ legte am Molo S. Carlo an, und über die vorbereitete fliegende Brücke schritt FML. Moering dem Kaiser zur ehrfurchtsvollen Begrüßung entgegen. Von den Kriegsschiffen und Hafenbatterien erschollen abermals, im Augenblicke als Sr. Majestät das Land betrat, Kanonensalven. Die am Molo dicht gedrängte stehende Volksmenge brach in laute Hochrufe aus und aus den Kriegsschiffen ertönten die Hurrahs der Matrosen von den bemanneten Raaren.

Der Podestà hielt hierauf folgende Ansprache an Sr. Majestät:

„Den Stadtrath der allergeeigneten Stadt Triest erfüllt es mit Wonne und Stolz, daß er sich zuerst Ew. k. und k. Majestät nahen darf, um den Ausdruck der Freude, der Treue und Anhänglichkeit bei dem glücklichen Anlasse des Besuchs darzubringen, womit Ew. Majestät dieselbe neuerdings zu beehren geruhen.“

Indem der Stadtrath diese Pflicht erfüllt, wobei ihn die Gefinnungen innigster Ehrfurcht leiten, hegt er die Hoffnung, daß Ew. Majestät ihm mit gewohnter Güte eine gütige Aufnahme zu Theil werden lassen und diesem Haupttemporium der Monarchie auch in Zukunft a. h. Ihren kostbaren Schutz verleihen werden.

Die Stadt Triest hat ihre Blicke immer mit Zuversicht zu dem erlauchten Hause Habsburg erhoben und indem sie demselben ihre Geschichte anvertraute, ausgezeichnete Begünstigungen erbeten und erlangt.

An die Namen ihrer Herrscher knüpfen sich unvergängliche Erinnerungen, denen sich mit neuem Glanze der erhabene Name Ew. Majestät anreicht, Dank den zahlreichen freisinnigen Einrichtungen, welche Ew. Majestät a. h. Ihren Vätern verliehen und die in der Geschichte Oesterreichs eine glorreiche Ära bezeichnen und begründen werden.

In der festen Ueberzeugung, daß diese Einrichtungen auch für Triest die besten Früchte bringen werden, sprechen wir die heißesten Wünsche für das dauernde Heil Ew. Majestät und der ganzen erhabenen kais. Familie aus.“

Se. Majestät der Kaiser erwiderte:

„Ich empfangen mit lebhafter Befriedigung die von Ihnen ausgesprochenen Versicherungen der Treue und Anhänglichkeit und hege das Vertrauen, daß diese Gefühle der Loyalität und Hingebung für meine Person immerdar mit warmen patriotischen Gefinnungen für die Monarchie und deren Interessen Hand in Hand gehen werden.“

„Ich versichere Ihnen, daß die Geschichte Triests und seiner Bewohner, ohne Unterschied der Nationalität, mir gleichmäßig am Herzen liegen und freue mich herzlich über das sichtbare Gedeihen der Stadt und ihres Territoriums.“

Hierauf schritt der Kaiser durch das in der Mitte des Molo vom Publicum gebildete Spalier bis zum Statthaltereigebäude, besichtigte die aufgestellten Truppen, ließ diese defiliren und versügte sich hierauf in die im Statthaltereigebäude bereit gehaltenen Appartements, in deren großen Saale der in besonderer Mission hier anwesende königlich italienische Armeegeneral Graf Morozzo della Rocca in Audienz empfangen wurde, worauf die weitere Vorstellung in folgender Weise stattfand: Erzbischof von Görz, Bischof von Triest, Präsidium des Stadtrathes, geführt vom Podestà Ritter Carl von Porenta, die Consuln, geführt vom Doyen Baron Luteroth, die Generalität und Stabsofficiere der Land- und Seetruppen, vorgestellt vom FML. v. Weizlar und Viceadmiral v. Tegetthoff, endlich die Civilbehörden, nämlich Statthaltereibeamte, Polizei, sämtliche Schulen, Geistlichkeit etc., vorgestellt vom Herrn Hofrath Fidler.

Unterdessen strömte ein endloser Zug von Menschen über St. Andrea gegen das Lloydarsenal, dessen Besuch, sowie jener der Werfte des Ritters v. Tonello, auf dem heutigen Programm stand.

Vice-Admiral v. Tegetthoff erschien bereits gegen 11 Uhr im Etablissement Tonello, wo sämtliche hier anwesende Marineofficiere versammelt waren und sagte Herrn v. Tonello, „daß Seine Majestät selbst hierher zu kommen beschloßen haben, um Herrn v. Tonello für die Verdienste zu danken, welche er sich um die österreichische Armee erworben.“

Vor dem Hauptthore des Etablissements, das innen und außen mit Blumen und Reisig geschmückt war, war eine Triumphpforte errichtet, welche auf einer Marmortafel eine Aufschrift des Inhalts trug, daß diese Tafel zum ewigen Andenken an den Besuch errichtet sei, den Seine Majestät der Anstalt mache.

Gegen 1 1/2 Uhr erschien auch der Kaiser, von allen hier anwesenden Ministern, dem Leiter der Statthalterei und einer glänzenden Suite begleitet, wurde von Herrn v. Tonello, dem Se. Majestät die Hand reichte, vor den Gebäuden ehrenbietig empfangen, durch die Räumlichkeiten und Maschinenfäße des ersten Stockes und sodann über eine Brücke auf das Kasematschiff Lissa geleitet, das behufs Vollendung der Ausrüstung vor der Werfte verankert ist.

Vom Etablissement Tonello begab sich Se. Majestät in das reich geschmückte Lloydarsenal, besichtigte alle Werkstätten, in denen sämtlich gearbeitet wurde, hielt sich besonders in der Gießerei, in welcher eben ein Guß vorgenommen wurde, und in der zur Biegung des Winkelseisens dienenden Werkstätte auf, wohnte sodann der Ausdocking des Dampfers „Neptun“ und Stapellassung des „Said“ bei. Se. Majestät begab sich unter stets sich wiederholendem Zurufe der dichtgedrängten Menge in den zu seiner Aufnahme hergerichteten prachtvollen Pavillon, empfing dort die Lloyddirection und nahm die Ansprache des Präsidenten des Verwaltungsrathes Baron Elia Morpurgo entgegen, an deren Schluß die Lloyddirection ein dreimaliges Vivat ausbrachte, in welches die anwesende Menge kräftigst einstimmte. Nachdem der Kaiser sich noch in das ausliegende Fremdenbuch eigenhändig eingetragen, bestieg derselbe den mit unbeschreiblichem Luxus ausgestatteten Dampfer Mercur und begab sich mit demselben auf die Werfte des Etablissements Tecnico in S. Rocco. Der vorgerückten Stunde wegen müssen wir die Fortsetzung des Berichtes auf morgen verschieben.

Die „Triester Zeitung“ bringt die Fortsetzung des Berichtes über den Allerhöchsten Aufenthalt in Triest. Bei dem Ausfluge nach S. Andrea geleiteten 400 Equipagen den kaiserlichen Wagen. Die Beleuchtung am Abend des 19. war reich und geschmackvoll. Als Se. Majestät im Theater erschien, verlangte das Publicum die Volkshymne und brach in nicht enden wollende Hochrufe aus. Die Hymne mußte fort und fort wiederholt werden. Große Menschenmassen füllten bis Mitternacht die Straßen, auf dem Corso fanden vor einigen Wohnungen, deren Fenster nicht beleuchtet waren, lärmende Demonstrationen statt, die erst ein Ende fanden, als die Bewohner, um ihre Fensterscheiben besorgt, Licht an die Fenster stellten.

Der Präsident der Handels- und Gewerbekammer, dann eine aus 16 Mitgliedern bestehende Deputation aus Görz mit dem Landeshauptmann Graf Pace an der Spitze richtete an Se. Majestät die Bitte um Allerhöchste Unterstützung der Preilbahn.

Se. Maj. der Kaiser hat dem k. ital. Armeegeneral und Palastpräfecten, Grafen Enrico Morozzo della Rocca, das Großkreuz des Leopoldordens, dem Marchese Nicolini-Allemani, Ceremonienmeister Sr. Maj. des Königs von Italien, dem Grafen Collobiano, Major in der ital. Armee und Adjutanten des Königs, und dem ital. Generalconsul in Triest, Herrn Bruno, das Comthurkreuz des Franz-Josephordens verliehen.

Mit a. h. Handschreiben vom 19. d. M. an den Leiter der Statthalterei, FML. Moering, hat Se. Maj. der Kaiser ferner folgende Auszeichnungen verliehen: dem Fürstbischof von Görz, A. Gollmayer, das Großkreuz des Leopoldordens, dem Bischof von Triest-Copodistria, Bartholomäus Vagat, die Würde eines geheimen Rathes, den H. J. W. und Peter v. Sartorio den Freiherrnstand, den Orden der eisernen Krone 3. Classe dem Kaufmann und Mitglied der Handelskammer H. Escher und dem Kaufmann und Armenhausdirector F. Wächlig, den Franz-Josephorden dem Director der Dampfschiffahrtsgesellschaft des Oesterr. Lloyd E. M. Schröder, dem Gutbesitzer J. Godignia, dem Ingenieur Dr. J. Righetti und dem Redacteur des „Osserv. triest.“ Dr. F. Coglievina. Ferner geruhte Se. Maj. mit a. h. Entschließung vom 19. d. M. dem Banquier Jos. Morpurgo und dem Präsidenten der Görzer Handelskammer H. Ritter v. Zahony den Freiherrnstand, dem Kaufmann E. Rittmeyer, dem Director der Riunione adriatica di Sicurtà A. Daninos und dem Director des Stabilimento tecnico triestino Wilhelm Strudthoff den Orden der eisernen Krone 3. Classe, dem Industriellen Eduard Strudthoff das Ritterkreuz des Franz-Josephordens, dem Sprach- und Musiklehrer F. K. Tomich das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, dem Podestà von Versez M. Cragnez das goldene Verdienstkreuz, endlich den Lloydcapitänen E. Grossi und A. Raffol, sowie der Lehrerin der Mädchenschule in Pola, Johanna Bogrich, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone zu verleihen.

Zur Vertheilung unter die Dürftigen im Küstengebiet wurden 6600 fl. bestimmt. Se. Majestät hat ein Handschreiben an FML. Moering erlassen, worin Höchstpersönlich seinen Dank für den herzlichen Empfang und seine Theilnahme an dem Wohle Triests, sowie dem FML. Moering selbst seine Anerkennung für sein verdienstliches Wirken auspricht. Um 1 1/2 Uhr Nachmittags verabschiedete sich Se. Majestät auf dem Molo S. Carlo von den Vertretern der Stadt und des Handelsstandes, um nach Besichtigung der Steinbrücke von Sestiana über Miramare Allerhöchstdenckens anzureisen.

Laibach, 21. März.

Die erfreulichste Erinnerung an die blüthen- aber nicht fruchtbaren Märzstage des Jahres 1848 sind wohl die soeben von der „Wiener Zeitung“ veröffentlichten Gesetze über die Schwurgerichte in Preßachen und die Bildung von Geschwornenlisten. Da Gesetze, in welchen der Tag der Wirksamkeit nicht besonders festgesetzt wurde, 45 Tage nach erfolgter Kundmachung in Wirksamkeit treten, so werden die am 19. März kundgemachten Schwurgerichtsgesetze am 5. Mai praktisch werden. Nach diesem Tage darf kein Preßproceß mehr vor einem andern, als einem Schwurcollegium verhandelt werden. Sollten die nöthigen localen Einrichtungen, Bildung der Geschwornenlisten etc. bis dahin nicht beendet sein, so müßten eben die anhängigen Proceße so weit aufgeschoben werden, bis alle Vorbereitungen beendet sind. Die Freiheit der Presse ist die Grundlage aller anderen constitutionellen Freiheiten. Sie ist die legale Waffe gegen die Vergewaltigung. Sie muß dem Fortschritt die Wege bahnen; ähnlich, wie der Pionnier den Wald lichtet und den Sumpf austrocknet, um aus ihm die goldenen Aehren hervorzuzaubern, muß der Journalist mühsam das Dickicht eines mehrhundertjährigen Urwaldes von Verdrummung und Ignoranz lichten, um die goldenen Früchte des Wissens und der Aufklärung, die Befreiung von den Banden des Irrthums, der ganzen Menschheit zu bringen. Und diese kostbarste aller Freiheiten erhält jetzt in dem neu aufblühenden Oesterreich, wo es aber noch manchen Urwald der Verdrummung auszuroden und manchen Sumpf der Beschränktheit trocken zu legen gilt, eine neue Garantie durch die Verweisung der Preßvergehen vor die Geschwornen. Die eigenen Mitbürger werden von nun an über die durch die Presse begangenen Vergehen richten. Eine mildere Behandlung ist schon dadurch ermöglicht, denn die Geschwornen sind nicht an starre Rechtsformen, sondern an die nie trügende innere Ueberzeugung, an das Gewissen, den Quell alles Rechtes, gebunden. Andererseits wird dadurch aller, in die Privatverhältnisse verlegend eingreifenden Ausartung der Presse ein Halt geboten werden, denn in solchen Fällen wird der Geschworne strenger Recht sprechen, weil er hiemit sich selbst und die Heiligkeit des Familienlebens schützt. Niemand wird endlich das Recht haben, über Vergewaltigung nationaler Bestrebungen durch Beamtenrichter effectvoll zu declamiren, denn die eigenen Landsleute werden über den angeklagten Mitbürger zu richten haben. Wir begrüßen daher die neuen Gesetze als eine unserer schönsten und uns für immer heiligen Märzerrungenschaften von 1869!

177. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. März.

Schluß der Landwehrdebatte.

Die Sitzung wird um 1/2 12 Uhr geöffnet.

Präsident: Kaiserfeld.

Auf der Ministerbank: Berger, Siska, Herbst.

Das Haus geht nach Erledigung der Einkünfte zur Tagesordnung, der Fortsetzung der Debatte über das Landwehrgesetz, über.

Bei § 9 erklärte Dr. Rechbauer, daß er in Folge der geitigen Abstimmung für seine Person die Anträge der Minorität zurückziehe und mit seinen Gesinnungsgenossen gegen das Gesetz stimmen werde.

Baron Hackelberg gibt dieselbe Erklärung ab.

Die §§ 9 bis 18 werden ohne Debatte genehmigt.

Bei § 19 (Die Commandosprache der Landwehr ist jene des stehenden Heeres.) ergreift Graf Potocki das Wort und beantragt, der erste Absatz des § 19 solle lauten: Die Commandosprache der Landwehr, die Farbe und Form der Bekleidung wird vom Ministerium des Innern mit Genehmigung des Kaisers im Berordnungswege festgestellt. — Er glaubt, daß man solche Details ruhig der Executive überlassen könne. Die Frage ist keine principielle und sollte nicht einseitig in diesem Gesetze gelöst werden. Die Verfassungsgeetze garantiren die Gleichberechtigung der Nationalitäten und soll dieser Grundsatz bei jeder Gelegenheit zur Anwendung kommen. — Der Redner macht bei dieser Gelegenheit eine allgemeine Bemerkung. Man beobachtet hier eine eigenthümliche Politik, deren Tendenz man zu verthüllen sucht. Wenn nationale Forderungen hervortreten, so heißt es immer, daß die Kultur, der Fortschritt, ja selbst die Bedingungen der österreichischen Existenz, die Reichheit, die Einheit der Armee die Erfüllung nicht zulassen. Und das Endresultat bleibt doch: deutsche Sprache in Amt und Schule, deutscher Geist in allen Einrichtungen mit einem Worte — die deutsche Hegemonie über Oesterreich, die im Reiche existiren. Dies ist nichts Anderes als gleichfalls eine nationale Tendenz — dies nicht ausgesprochen worden, ist nur ein Zeichen hoher politischer Fähigkeit, aber bei längerer Dauer ist es nicht zu verhindern, daß die Ziele durchsichtig werden. Wir sind jetzt an einem Punkte angelangt, wo einer von dem Anderen wissen sollte, was eines Leben Endziel ist. Wir müssen aufhören, uns nationale Tendenzen zum Vorwurf zu machen — es tritt sonst der Fall ein, daß man den Strohhaalm in den Augen des Anderen und nicht den Balken in eigenem sieht. — Man möge die Bestimmungen über die Sprache getrost der constitutionellen Executive überlassen. Baron Wächter befürwortet den Aufschubantrag.

Stene: Durch diese von der Gegenseite angeregte Mobilität, durch Personen das zu erreichen, was man durch Gesetze nicht erreichen kann (Widerspruch rechts), will man dem Föderalismus zusteuern. Man will sich immer eine aparte Verbindung mit der Krone offenhalten. Aber auf diesem Wege ist eine Regeneration Oesterreichs unmöglich. Man soll festhalten an der Verfassung, der schließlich alle Nationalitäten gerecht werden. Wenn Sie (auf die Rechte weisend) immer nur dasjenige anstreben, was den Sonderinteressen Ihrer Nation entspricht, so bleibt uns auf dieser Seite nichts übrig, als gleiche Zwecke zu verfolgen und den Anschluß an Deutschland anzustreben. (Bewegung.)

Der Redner spricht sich entschieden für die Annahme des Ausschusses aus. — Man denke sich bei verschiedenen Sprachen die Confusion. — Wie sollen die beiden Wehrkörper miteinander in Berührung kommen, wenn sie einander nicht verstehen; werden sie sich gegenseitig anschließen. (Beifall links — Murren rechts.)

Tinti befürwortet den Ausschussantrag.

Dr. Stamm: Wir sind den beiden Sprachen Oesterreichs gegenüber verlegen. Die Hauptsprachen Europa's, die französische, englische, deutsche und italienische, haben einen großen Vorzug, die Einheit der Schriftsprache. — Ich bedaure unendlich, daß dies in der slavischen Sprache nicht der Fall ist — dann wären wir in Oesterreich in einer viel glücklicheren Lage. — Bei ihr ist der Zeitpunkt versäumt worden, wo einer ihrer Dialekte sich zur Schriftsprache erhoben hätte. (Präsident macht den Redner aufmerksam, bei der Debatte zu bleiben.) Gegenüber der Commandoworte müssen bei uns mindestens zwanzig Dialekte der Nothwendigkeit folgen. Nehmen wir Böhmen. Soll die Commandosprache die tschechische sein — dann haben wir zwei Sprachen — die des Volks und jene, welche einige Gelehrte und die Zeitungen sprechen.

Abg. Schindler: Lassen Sie mich, meine Herren, die Debatte vom sprachtechnischen wieder auf das militärtechnische Gebiet zurückführen. Es ist bekannt, daß größere Truppenmassen durch drei Arten zu commandiren geführt werden: durch das Wort, durch das Signal, durch den Adjutanten; kleinere Massen nach der Beschaffenheit der Fehart werden geleitet durch das Wort oder Signal. Mein Freund Stene hat ihnen ganz richtig angedeutet, das Commando gegenüber kleiner Truppenkörper tritt an die Stelle der Signale.

Ich habe im Ausschuss gegen den Antrag der Herren aus Galizien nicht deshalb gestimmt, weil ich eine so große Frucht gehabt habe, daß der deutschen Cultur eine Barrikade gebaut werden könnte, wenn die polnischen Landwehrbataillone polnisch commandirt werden, sondern weil es mir um den Zusammenhang des ganzen Heeres zu thun ist, und weil ich meinte, es sei eine Nothwendigkeit, daß die Terminologie nicht ohne große Noth geändert werde. Die Commandosprache ist der Inbegriff jener wissenschaftlichen Terminologie, die wirksam das Heer zu leiten hat, und es ist also nicht der Kampf der Nationalitäten, der meinerseits unterstützt werden soll. Wenn es der deutschen Sprache und Cultur um Ausdehnung ihres Gebietes zu thun ist, so hat sie ganz andere Producte für sich anzuführen, als die Commandosprache des österreichischen Heeres (Heiterkeit), von der nachgewiesen worden ist, daß sie eine zusammengefügte polyglotte Sprache ist. Seien Sie überzeugt, eine Scene in Wilhelm Tell, z. B. die Scene auf dem Rütli, kann der deutschen Sprache und Cultur einen größeren Voranschub leisten, als alles dasjenige, was die österreichischen Generale im Jargon der Commandosprache vor den Reihen der Armee auszusprechen haben. (Heiterkeit.) Nicht nöthig hat es die deutsche Cultur, daß sie auf Nebenwegen vorwärts geht, auf weiten Flügeln beherrscht sie das ganze Jahrhundert, nicht weil sie deutsch ist, sondern weil sie eine intensive Cultur ist (Beifall. Sehr gut!), und darum wird man sie nicht hemmen können.

Wenn ich jetzt nicht ohne Weiteres zugestehle, was von der anderen Seite gefordert wurde, so möge es jener Staatsmann entschuldigen der heute leider nicht anwesend ist und der uns gestern die Theorie gegeben hat, daß der Friede in Oesterreich erst hergestellt werden wird, wenn man von einer Seite nicht alles verlangt und von der anderen Seite nicht alles verweigert.

Ich habe mir diesen Satz nach verschiedenen Richtungen überlegt, und schon die mathematische Richtung zeigt, daß bei Verfolgung eines solchen Programmes der Gedanke im Nachtheile und der Empfangende im entscheidenden Vortheile ist. (Sehr gut!)

Nehmen wir, ein Ganzes habe dreißig Theile, zwanzig sind schon gegeben, und zehn sind zu fordern. Nicht alles auf ein Mal zu fordern ist eine leichte Kunst.

Man verlangt einerseits zehn Mal zwei, man gibt andererseits zehn Mal eins und man hat die ganzen dreißig gegeben. (Sehr gut! Bravo!)

Ich werde bei einer späteren Gelegenheit noch darauf zurückkommen, ich wollte nur die Versicherung aussprechen, daß ich in dieser Frage nur einem technischen Bedürfnisse, nicht einem nationalen Gefühle nachkomme. (Beifall links.)

Abg. Freiherr v. Prato spricht für den Ausschussantrag.

Abg. Graf v. Potocki antwortet Stene.

Abg. Stene weist den Vorwurf Potocki's zurück,

als ob er durch seine Worte irgend eine Partei verdächtigt hätte.

Denken wir uns die Districte mit gemischter Bevölkerung; in Galizien würde die Consequenz der Einführung verschiedener Commandosprachen die sein, daß man erst polnisch und dann ruthenisch commandiren müßte; denn die Ruthenen hätten nach den von der Gegenseite entwickelten Principien vollkommen recht, ruhig stehen zu bleiben, wenn polnisch commandirt wird.

Zu welchen Consequenzen aber führt ein solches System?

Abg. Dr. Toman spricht für den Antrag Potocki's und sagt unter anderem: Wenn der Abg. Stene die Nationalitätsbestrebungen einen babylonischen Thurmbau nennt, so finde ich hier das Verhältniß vollständig umgekehrt. Der Thurmbau von Babylon ist das Symbol der Centralisationsidee. (Heiterkeit.) Die Völker sind auseinandergegangen und haben ihre Sprache behalten und gesprochen, und die Ruinen des Thurmes von Babylon ragen höchst bedeutungsvoll heute in unsere Mitte hinein. (Vermehrte Heiterkeit.) Man sagt: die Landwehr sei ein integrierender Theil des Heeres, das ist auch die ungarische Honvedschaft und doch wird dieselbe nicht deutsch commandirt.

Abg. Dr. Sturm spricht für den Ausschussantrag. Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Abg. Grafen Potocki wird abgelehnt, dafür die Polen und Slovenen, der Ausschussantrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

§ 20 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 21 spricht

Abg. Baron Tinti: Er beantragt, daß die Begünstigung dieses Paragraphen auch auf die Witwen und Waisen jener Officiere ausgedehnt werde, „welche an den Folgen von durch Kriegsstrapazen zugezogenen Krankheiten“ gestorben sind. Der Antrag wird hinreichend unterstützt.

Minister des Innern Dr. Giskra: Ich verkenne durchaus nicht das Humane in den Anträgen des geehrten Abgeordneten und ich würde persönlich vielleicht mich leichter dazu verstehen, seinem Antrage beizustimmen, als ich es als Mitglied der Regierung kann. Ich sehe ganz ab davon, daß die Ursachen, wie sie im Gesetze vorgesehen sind, um die fraglichen Begünstigungen zu gewinnen, präcisirt vorliegen und von dem Willen des einzelnen vollständig unabhängig sind, während die in Folge von Kriegsstrapazen zugezogenen Krankheiten jeder Unabhängigkeit von der Causalität des einzelnen entrückt sind und ihr tödtlicher Ausgang zum guten Theil der Unachtsamkeit und Unvorsichtigkeit u. s. w. zugeschrieben werden kann. Aber die Erfahrung lehrt, daß bei jenen wenigen Bestimmungen unserer Pensionsgesetze, wo derlei nicht scharf präcisirte Ursachen Anspruch auf Begünstigung für Witwen und Waisen geben, Bemühungen und Begünstigungen sehr häufig vorkommen, welche nicht im Sinne des Gesetzes gelegen wären. Unzweifelhaft würde nach einem Feldzuge, an dem die Landwehr theilgenommen hat, nach Jahren, wenn ein Landwehrmann stirbt, darauf hingewiesen werden, daß dies die Folge der Kriegsstrapazen sei, in denen sein Körper debilitirt wurde. Die Bestimmung, wie sie gegenwärtig im Gesetze steht, ist auch im ungarischen Gesetze aufgenommen.

Für die Pensionen, welche in Folge der gegenwärtigen Bestimmungen gezahlt werden, besteht daher das Zahlungsverhältniß von 70 zu 30, die Pensionen aber, welche in Folge der Anträge des Abgeordneten Tinti hinzukämen, müßte die diesseitige Reichshälfte ganz allein zahlen. Dieser letztere Punkt scheint insbesondere maßgebend, und ich empfehle denselben dem Hause zur Erwägung.

Der vom Abgeordneten Baron Tinti beantragte Zusatz wird darauf vom Hause abgelehnt und § 21 nach dem Ausschussantrage angenommen. Zu § 22 spricht

Abg. Stene: Dieser Paragraph enthält den Satz: „Zene Kosten, welche durch die Mobilisirung und Verwendung der Landwehr zu Kriegszwecken entstehen, werden aus der gemeinsamen Dotation des Kriegsministeriums bestritten.“

Als man den ungarischen Ausgleich betrieb, da sagten die Mitglieder der Regierung: man müsse für die Armee 76 Percent zahlen, damit sie gemeinsam bleibe, und es wurde damals, wenn auch nicht in öffentlicher Sitzung, so doch privatim versichert, daß die Regierung sich der Bildung einer nationalen Armee widersetzen werde. — Darauf wurden Verhandlungen im Schoße der Regierung gepflogen, und man schien nach den ersten Vereinbarungen der Ansicht, daß man in der That zu weitgehenden Intentionen der jenseitigen Reichshälfte den Weg versperrt hatte. Unter dieser Stimmung entstand die heutige Vorlage. Der Erfolg hat das Gegentheil gezeigt. Das ungarische Landwehrgesetz hatte den Keim zu einer ungarischen nationalen Armee gelegt, indem die ungarische Landwehr immer präsent bleibt und die ungarische Commandosprache erhalten wurde. Die ungarische Regierung hat die beste Intention, die neue Institution auszubilden. Dieses beweist die Ausschreibung von Monturlieferungen für 90.000 Mann. Die Ungarn haben Recht, dieses zu thun, wenn man es ihnen zugestehet, aber wir müssen fragen, haben wir diesseits der Leitha ein Interesse, im Kriegsfalle 70 Percent für diese nationale, ungarische Armee, für eine fremde Armee

zu zahlen; was kann ein Staat für ein Interesse haben, sich durch neun Jahre zu binden, daß er für die Ausbildung der militärischen Hilfsmittel eines anderen Landes beisteuere. „Während des Krieges schütze die nationale ungarische Armee das Reich,“ aber es ist doch etwas anderes, ob die gemeinsame Armee das Reich schützt, oder eine ungarische. — Die Geschichte weist kein Beispiel auf, daß ein Staatsgebiet die Entwicklung der Militärmacht eines anderen auf seine Kosten gefördert habe. Ich lege großen Werth darauf, daß wenigstens einmal bewiesen werde, daß man sich nicht alles aufbürden lasse. Die seltsame Aeußerung des Herrn Abgeordneten aus Reichenberg ist bereits heute zurückgewiesen worden.

Wenn diese Aeußerung ernst gemeint war, so mußte sie uns wirklich gänzlich entmuthigen. Nur so können beide Theile nebeneinander bestehen, daß man beiderseits auf dem Gebiete seiner Interessen steht und gegenseitige Billigkeit walten läßt. Auf dem Wege, den wir jetzt gehen, hat man uns förmlich zum Lastthier für politische Zwecke der anderen Reichshälfte gemacht. Ich beantrage, es soll statt des beanstandeten Satzes gesetzt werden: Der Beitrag zu jenen Kosten, welche durch die Mobilisirung und Verwendung der Landwehr zu Kriegszwecken entstehen, werde von Fall zu Fall zwischen beiden Reichshälften vereinbart. (Wird hinreichend unterstützt.)

Minister des Innern Dr. Giskra: Das Gesetz betreffend die allen Ländern der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten führt im § 1 das Kriegswesen unter den gemeinsamen Angelegenheiten auf, dieser principielle Satz hat zur Folge, daß die Kosten der Landwehr im Kriegsfalle aus den gemeinsamen Reichsmitteln bedeckt werden. In den Ausführungen des Herrn Redners ist der Gedanke nicht vollständig klar zum Ausdruck gekommen, daß Krieg und Frieden durch das Gesetz wohl geschieden sind. Die Vorbereitungen für den Krieg durch Ausrüstung der Landwehr im Frieden ist rein Sache der beiden Staatsgebiete, und wenn die ungarische Regierung gegenwärtig für 90.000 Mann Ausrüstung und Montur beschaffen will, so geschieht es auf ihre Kosten; auf österreichischem Gebiete wird man dieses nicht thun, weil ein solches Bedürfniß mindestens gegenwärtig nicht vorhanden ist und hoffentlich nicht sobald Kriegswolken den Horizont verfinstern werden. Tritt aber der Kriegsfall ein, dann ist es natürlich, daß die Kräfte, welche gemeinschaftlich operiren, auch aus den gemeinschaftlichen Cassen erhalten werden, und wenn die ungarische Landwehr einen höheren Stand hätte als die unsrige, was bei der Art der Contingentirung nicht der Fall sein wird, so würde es auch ein höheres Maß von Streitkräften für gemeinsame Vertheidigung aufbieten, und es müßten auch die Kosten dafür aus Reichsmitteln bestritten werden.

Das Bedenken des Herrn Vorredners ist also principiell unberechtigt, es ist aber auch der Weg, den er zur Beseitigung seines Bedenkens vorschlägt, ein unrichtiger. In der Consequenz seiner Aufgabe wäre es gelegen, daß § 22 ganz entfiel. Zu einer Veranlassung von Fall zu Fall bedarf es keiner Vorsicht im Gesetze; dann träte die Wirkung ein, daß wir im Kriegsfalle für die jenseitige Landwehr 70 Percent zahlen würden, daß wir aber für die diesseitige Landwehr von Ungarn die 30 Percent nicht bekämen, das wäre die Consequenz der Anschauung des geehrten Vorredners; wenn er aber sagt, es gäbe kein Beispiel, daß ein Staat zur Armee eines anderen Staates beigetragen hätte, so liegt in diesem Ausspruche eine Verkennung des inneren Nexus zwischen beiden Reichshälften.

Beide Reichshälften bilden eine Armee, das Reichsheer in den verschiedenen Formen. Die Geschichte lehrt selbst sehr häufig, daß ein fremder Staat einem anderen Subsidien im Kriege gezahlt hat, wir zahlen sie für die eigene Armee; denn als solche muß auch die ungarische Armee vom Standpunkte des Reiches betrachtet werden, ich bitte, sich auch das Unpraktische dessen vorzustellen, daß erst dann, wenn die Landwehr zum Kriege aufgestellt werden müßte, zwischen beiden Regierungen mit Zustimmung der beiden Parlamente ein Vertrag geschlossen werden sollte, dann würden wahrscheinlich die Verhandlungen zu keinem Uebereinkommen führen, und das Resultat wäre, daß wir die volle Zahlung für unsere Landwehr leisten müßten.

Nachdem einmal der Ausgleich geschlossen ist, sei er gut oder schlecht geschlossen, muß man denselben aufrichtig und ehrlich acceptiren, man muß sich in den Gedanken hineinleben, daß der Dualismus in Oesterreich eingeführt ist, und so beklagenswerth viele Consequenzen desselben für die diesseitige Reichshälfte sind, so ist es doch Aufgabe der Politik, den Ausgleich praktisch hinzunehmen, und nicht wegen des Ausgleiches fortwährend unseren gemeinsamen Angelegenheiten Hindernisse in den Weg zu legen. Neben einem gegenseitigen Interesse muß auch gegenseitiges Vertrauen herrschen, und wenn das Vertrauen nicht vorhanden ist, dann hat der Dualismus noch andere Folgen, als er bereits mit sich gebracht hat, die Folgen der Auflösung und Zerstörung des Reiches, was Gott verhüten möge!

Der Antrag Stene wird abgelehnt, § 22 wird nach dem Ausschussantrage angenommen.

Bei den weiteren Paragraphen findet keine Debatte statt. (Schluß folgt.)

Parlamentarisches.

Wien, 18. März.

Heute Vormittags versammelte sich der Steuer-Reformauschuss, um über jene Principienfragen Beschluß zu fassen, deren Entscheidung der dritten Lesung vorbehalten war.

Diese Principienfragen sind:

1. Soll die Grundsteuer für einen bestimmten Zeitpunkt fixirt werden, oder soll der in § 4 der Regierungsvorlage enthaltene Grundsatz der jährlichen Bestimmung durch das Finanzgesetz mittelst einer Prozenten-Feststellung beibehalten werden?

2. Soll die Ertragserschätzung — nach dem Beschlusse der zweiten Lesung — nach dem Durchschnittsertrage von zehn Jahren oder soll sie nach dem Durchschnittsertrage von zwanzig Jahren erfolgen?

Nachschicklich des ersten Punktes einigte sich der Ausschuss dahin, daß gleichmäßig mit dem im Erwerbssteuergesetz (§ 6) angenommenen Grundsatz im § 4 des Grundsteuergesetzes ausgedrückt werden solle, daß die Feststellung der Grundsteuer durch ein Gesetz zu erfolgen habe.

Bei Berathung über den zweiten Punkt beantragt Referent Baron Tinti eine Durchschnittsperiode von fünfzehn Jahren mit Ausscheidung von drei Jahren der höchsten Preise. Abg. Dr. Kaiser wünscht jedoch für den Wein eine längere Durchschnittsperiode.

Der Ausschuss faßte somit den Beschluß, daß als Durchschnittsperiode die der Einschätzung nächst vorhergehenden zehn Jahre mit Ausscheidung von zwei Jahren mit den höchsten Preisen zu gelten haben, für den Wein wird eine fünfzehnjährige Durchschnittsperiode mit Ausscheidung der drei höchsten Preisjahre bestimmt.

Die dritte Lesung des Grundsteuergesetzentwurfes wird morgen stattfinden.

Oesterreich.

Wien, 19. März. (Reichsrath.) Das Abge-

ordnetenhaus hielt heute die letzte Sitzung vor den Osterferien und lehnte die Berathung des Gesetzes über den Landsturm ab, d. h. es nahm mit 76 gegen 50 Stimmen den Antrag der Ausschlußmajorität, über das Gesetz zur Tagesordnung überzugehen, an. Dieses Resultat war kein unerwartetes und wurde auch ohne besonderen Wortkampf erzielt — weder von Seite der Minorität, noch von der Ministerbank wurden besondere Anstrengungen gemacht, die Stimmung der Majorität zu ändern. Der Berichterstatter der Minorität polemisirte gegen den Ausschlußbericht, ohne das Gesetz selbst irgendwie gutzuheißen oder zu empfehlen. — Minister Dr. Giskra begnügte sich, den Standpunkt der Regierung zu kennzeichnen, und bei dieser Gelegenheit einige in der Landwehrgesetz-Debatte gefallene Aeußerungen über Militarismus und Verletzung des constitutionellen Prinzips durch Hinweisung auf ein schlagendes Beispiel aus England zu widerlegen, in welchem Lande eben die gesammte Presse für Unterordnung der Miliz unter das Kriegsministerium eintritt. — Die übrigen Redner, die heute auftraten, manifestirten fast alle mit wenigen Worten ihre Zustimmung zum Antrage der Ausschluß-Majorität. — Gegen den Uebergang zur Tagesordnung stimmten Polen, Slovenen und Tiroler, also die gesammte Rechte, im Centrum die Abgeordneten Daubek, Kuenburg, Kozorzowa und links Banhans, Limbek, Froschauer und Bischof Knezevic. Das Haus vertagte sich bis 6. April.

20. März. (Gegen das Gründungsfieber.) Der „Tr. Ztg.“ wird telegraphirt: Die Regierung beschloß die Eindämmung des Gründungsfiebers und verlangt vierzigprocentige Einzahlungen bei neuen Gründungen. Es verlautet, die Concessionsgesuche für die Fürstenbank und die Localtelegraphen seien abgewiesen.

Ausland.

Berlin, 19. März. (Der Reichstag) nahm bei der Berathung des Reichstagswahlgesetzes ein Amendement an, wonach nur die unter der Fahne stehenden Soldaten vom Wahlrechte ausgeschlossen sind, demgemäß sind die Reservisten wahlberechtigt.

Florenz, 19. März. (General Bixio) verlangte in der Kammer schleunige Befestigung der Küsten nach dem Vorbilde Oesterreichs mit Minen und Torpedos, da ein Krieg möglich und dann die Einmischung Amerikas (!!) wahrscheinlich sei. Die Journale sprechen mit großer Beharrlichkeit von dem Abschlusse einer Allianz.

Paris, 20. März. (Grammont) wurde heute vom Kaiser in Audienz empfangen.

Brüssel, 19. März. (Die Kammer) genehmigte den Gesetzentwurf betreffs der Aufstellung der Wahllisten mit 65 gegen 37 Stimmen. Hierauf vertagte sich die Kammer bis zum 13. April. — Die Kaiserin Charlotte ist sehr leidend.

Brüssel, 20. März. (Kaiserin Charlotte) ist schwer krank. Der londoner Doctor Jenner wurde berufen.

Levantepost. Athen, 13. März. Die Eisenbahn von Pyraus nach Athen wurde vorgestern eröffnet. — Dreitausend kretensische Flüchtlinge sind auf französischen Dampfern heimgekehrt. Nächste Woche folgen eben so viele. — Der König wird heute Nachts erwartet. — Constantinopel, 13. März. Der Schah von Persien droht seine Ansprüche gegen die Pforte mit Gewalt durchzusetzen. — Die diplomatischen Beziehungen sind thatsächlich suspendirt. — Serdar-Ekrem Omer Pascha geht nächstens nach Thessalien; selber erhielt vom Sultan ein Landgut geschenkt. — Photiades Bey wird nach Petersburg verlegt und durch Salih Bey ersetzt. — Saidar Effendi soll von Wien abberufen und durch Rustem Bey, welcher jetzt in Florenz ist, ersetzt werden.

Locales.

— (Als Regierungsvorlage) für die nächste Session des krainischen Landtages wird vom Ackerbauministerium ein Gesetzentwurf zur Vertilgung der Maikäfer und schädlichen Raupen, ferner zum Schutze der Nutzvögel nach dem Muster der beiden vor kurzem für Niederösterreich sanctionirten Gesetze vorbereitet, und es sind diesfalls der krainische Landesauschuss und die Landwirthschaftsgesellschaft um Abgabe ihrer Gutachten angegangen worden.

— (Arztlicher Verein.) Die nächste Versammlung, welche statutenmäßig eigentlich am Charfreitag stattfinden sollte, ist ausnahmsweise auf Samstag, den 3. April übertragen worden.

— (Ankunft der Schwalben.) Verflorenen Samstag sind die ersten Rauchschwalben (Hirundo rustica) hier angekommen.

— (Kohlenbahn Möttnitz-Gilli.) Das Project der Steinkohlengewerkschaft zu Möttnitz, die dortselbst erzeugten Kohlen auf einer Schienenstraße zur Eisenbahn nach Gilli zu befördern, hat, wie der „Tagesp.“ geschrieben wird, Aussicht auf Verwirklichung. Es soll nämlich die bezügliche Concession schon gegeben sein und das Project schon im Frühjahr realisiert werden. Dieses Unternehmen berechtigt durch die in jüngster Zeit stattgefundenen Aufdeckungen eines reichhaltigen Vagers der sogenannten „Glanzkohle“ zu den schönsten Hoffnungen.

— (Beim l. t. Kreisgerichte in Rudolfs-werth) ist die Hilfsämter-Directions-Adjunctenstelle mit dem Gehalte von 630 eventuell 735 fl. zu besetzen und sind Bewerbungen darum binnen vierzehn Tagen beim Präsidium genannten Kreisgerichtes einzureichen.

— (Die Notarsstelle in Tschernembl) wird von der provisorischen Notaritätskammer in Rudolfswerth zur Besetzung ausgeschrieben. Der Notar in Tschernembl hat bis auf weiters auch die Notarsgeschäfte im Bezirke Möttnitz zu besorgen und zu diesem Zwecke nach Erforderniß auch Amtstage in Möttnitz abzuhalten. Competenzgesuche sind binnen vier Wochen einzubringen.

— (Diöcesanveränderungen.) Dem Herrn Blasius Lenčel wurde die Localie Rob verliehen.

Neueste Post.

Wien, 20. März. Der confessionelle Ausschuss beendigt heute die Berathung über das Volksschulgesetz.

Bis Freitag Abends waren in Pest 217 Wahlsultate bekannt. Von den 215 gewählten Abgeordneten (zwei Abgeordnete wurden doppelt gewählt) gehören 126 der Deakpartei, 89 der Opposition an.

Paris, 20. März. Die Regierung erklärte in der Budgetcommission, der Friedensgedanke beherrsche die Situation. — Der „Public“ meldet, der Kaiser sei unwohl, jedoch nicht ernstlich, — heute sei daher kein Ministerrath. Der Kaiser werde jedoch dem Montag stattfindenden Ministerrathe präsidiren.

London, 19. März. Die Morgenblätter bringen folgendes Telegramm aus Serapeum vom 18. d. M.: „Heute Vormittags um 11 Uhr wurden die Schlenzen des Suez-Canals in Gegenwart des Vicekönigs geöffnet. Der Erfolg war ein ganz vollständiger.“

Telegraphische Wechselcourse

vom 20. März.
Sperc. Metalliques 62.70. — Sperc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 62.70. — Sperc. National-Anlehen 71. — 1860er Staatsanlehen 105. — Bankactien 728. — Creditactien 298.40. — London 125. — Silber 122.75. — R. f. Ducaten 5.88 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Handbuch der Landwirtschaft. Die „Tr. Ztg.“ brachte dieser Tage die Ausschreibung eines Preises von 1200 fl. für ein populäres, den Verhältnissen der Militärgrenze entsprechendes Handbuch für Landwirtschaft. Dasselbe kann in der deutschen, croatischen oder serbischen Sprache abgefaßt sein. Das Manuscript ist bis 1. März 1870 dem Reichskriegsministerium einzusenden.

Laibach, 20. März. Auf dem hentigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Getreide, 5 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 55 Str 75 Pfd., Stroh 19 Str. 53 Pfd.), 10 Wagen und 2 Schiffe (15 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Witt.	Wag.		Witt.	Wag.
	fl. tr.	fl. tr.		fl. tr.	fl. tr.
Weizen pr. Metzen	4 40	5 --	Butter pr. Pfund	— 48	—
Korn	2 90	3 20	Eier pr. Stuck	— 11	—
Gerste	2 50	3 --	Milch pr. Maß	— 10	—
Hafer	1 90	2 --	Rindfleisch pr. Pfd.	— 21	—
Halbschrot	—	3 50	Kalbsteisch	— 21	—
Heiden	2 40	3 10	Schweinefleisch	— 20	—
Hirse	2 50	2 76	Schöpfenfleisch	— 16	—
Kulturgr.	—	2 93	Hühner pr. Stuck	— 40	—
Erbsen	1 50	—	Tauben	— 16	—
Linse	3 --	—	Heu pr. Zentner	— 85	—
Erbsen	3 20	—	Stroh	— 70	—
Hirsol	4 --	—	Holz, hart, pr. Kst.	— 7 50	—
Rindschmalz Pfd.	— 54	—	— weiches, „	— 5 50	—
Schweinschmalz	— 44	—	Wein, rother, pr.	— 9 --	—
Speck, frisch	— 28	—	Eimer	— 10 --	—
— geräuchert	— 42	—	— weißer „	—	—

Lottoziehung vom 20. März.

Triest: 47, 19, 17, 51, 67.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Laibach (mit Reducirung auf 0° R. reducirt)	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
20	6 U. Morg.	322.47	+ 3.6	SB. f. schw.	trübe	0.00
	2 „ N.	320.88	+ 9.2	N. schwach	f. g. bewölkt	
	10 „ Ab.	320.36	+ 5.0	N. schwach	f. g. bewölkt	
21	6 U. Morg.	319.58	+ 4.0	D. mäßig	trübe	3.25
	2 „ N.	319.70	+ 5.2	D. schwach	Regen	
	10 „ Ab.	320.31	+ 3.4	D. schwach	Regen	

Den 20. tagüber bewölkt, nur wenige Sonnenblicke, Nachmittags schwacher Nordwind. — Den 21. trüber Tag, Nachmittags tag dünner Regen bis in die Nacht. Das Tagesmittel der Wärme vorgestern + 5.9°, um 2.8°, gestern 4.2°, um 0.7° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 19. März. Die Börse war für Fonds und Actien minder günstig disponirt als gestern und die Papiere erlitten Herabminderungen, während Devisen und Saluten fester schlossen. Geld flüssig.

Allgemeine Staatsschuld.			Grundentlastungs-Obligationen.			Geld Waare			Geld Waare		
Für 100 fl.			Für 100 fl.								
	Geld	Waare		Geld	Waare						
Einheitliche Staatsschuld zu 5 pCt.:			Nieder-Oesterreich	zu 5 pCt.	92.50	93. —	Süd-St.-L.-ven. u. z. i. E. 200 fl.				
in Noten verzinsl. Mai-November	—	—	Ober-Oesterreich	„ 5 „	90. —	91. —	ö. B. oder 500 fr.	232. —	232.25	Valfen	zu 40 fl. ö. B.
„ Februar-August	62.80	63. —	Salzburg	„ 5 „	90. —	91. —	Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. C.M.	217.50	218. —	Clary	„ 40 „ „
„ Silber	„	„	Böhmen	„ 5 „	92.50	93. —	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	186. —	187. —	St. Genois	„ 40 „ „
„ April-October	70.55	70.65	Mähren	„ 5 „	90.50	91. —	Dest. Don.-Dampfsch.-Ges.	590. —	592. —	Windischgrätz	„ 20 „ „
In österr. Währ. zu 5 pCt.	59.60	59.80	Schlesien	„ 5 „	90.50	91. —	Oesterreich. Lloyd in Triest	327. —	330. —	Waldstein	„ 20 „ „
„ v. J. 1866	5 „	64. —	Steiermark	„ 5 „	90. —	91. —	Wien-Dampfm.-Actg.	320. —	330. —	Regiebach	„ 10 „ „
„ rückzahlbar (P.)	5 „	98.25	Ungarn	„ 5 „	78.50	79. —	Pester Kettenbrücke	695. —	698. —	Rudolf-Stiftung	„ 10 „ „
„ (S.)	5 „	97.25	Temeser-Banat	„ 5 „	76.50	77. —	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	298. —	299. —		
Silber-Anf. 1864 (L.St.)	5 „	75. —	Croatien und Slavonien	„ 5 „	79.25	79.75	Lemberg Czernowitzer Actien	185.25	185.50		
„ 1865 (Frcs.)	5 „	78. —	Galizien	„ 5 „	71.25	71.75	Verficher.-Gesellschaft Donau	250. —	256. —		
Metalliques	zu 4 1/2 pCt.	56.25	Siebenbürgen	„ 5 „	73.75	74.50					
Mit Verlos. v. J. 1839	207. —	207.50	Bukovina	„ 5 „	71. —	71.50					
Mit Verlos. v. J. 1854	„	„	Ung. m. d. B.-E. 1867	„ 5 „	77.50	78. —					
zu 250 fl.	„ 4 „	95.50	Tem. B. m. d. B.-E. 1867	„ 5 „	74.50	75. —					
Mit Verlos. v. J. 1860	„ 5 „	104.50									
zu 500 fl.	„ 5 „	104.50	Actien (pr. Stück).								
Mit Verlos. v. J. 1860	„ 5 „	106. —	Nationalbank	„	728. —	730. —					
Mit Verlos. v. J. 1864	„ 5 „	106. —	Kaiser Ferdinand's-Nordbahn	zu 1000 fl. C.M.	2285. —	2290. —					
zu 100 fl.	„	126. —	Credit-Anstalt zu 200 fl. ö. B.	„	300. —	310. —					
Como-Montenap. zu 42 Lire	„	23.50	N. v. Escom.-Ges. zu 500 fl. ö. B.	„	834. —	836. —					
aust. pr. Stück	„	23.50	Staats-Eisenb.-Ges. zu 200 fl. C.M.	„	324. —	324.20					
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. ö. B. (300 fr. 5 pCt.)	„	118.25	„ oder 500 fr.	„	179.50	180. —					
in Silber pr. Stück	„	118.25	Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. C.M.	„	160.50	161. —					
			Süd.-nordb. Ber.-B. 200 „	„							